

Gewaltbereitschaft und politische Orientierungen Jugendlicher

Ergebnisse empirischer Studien bei Jugendlichen in West- und Ostdeutschland*

Politisch motivierte Gewalt – Phänomene, Begriffsbestimmungen und empirische Zugangsprobleme

In den entwickelten westlichen Demokratien zählen Gewalt allgemein und politische Gewalt im besonderen zu den gesellschaftlichen Tabubereichen. Gleichzeitig wurde in der Gewaltdiskussion der vergangenen Jahre eine *Ausdehnung des Gewaltbegriffs* vorgenommen. Vor allem durch die Entpersonalisierung des Täterkonzepts sowie die Einbeziehung psychischen Drucks und dessen Folgen, also der Berücksichtigung von *struktureller Gewalt*¹⁾, wurden zunehmend auch Strukturen und Aktionen als „Gewalt“ etikettiert, die vorher nicht als solche bezeichnet wurden. Damit ließen sich dann Sachverhalte skandalisieren, politische Gegner diskreditieren und verschiedene Formen von „Gegengewalt“ legitimieren.

In Abgrenzung zu einer Begriffsbestimmung, die auch strukturelle Gewalt umfaßt, wird in diesem Beitrag von einem „engeren“ Gewaltbegriff ausgegangen. Unter *politisch motivierter Gewalt* werden hier jene Verhaltensweisen von *Individuen* verstanden, die eine *unmittelbare physische Zwangseinwirkung auf Personen und Sachen in einem politischen Kontext* betreffen²⁾.

Die mit dem üblichen Instrumentarium der *Umfrageforschung* erhobenen Ergebnisse zur Gewaltproblematik sind allerdings mit großer Vorsicht zu interpretieren und führen in der öffentlichen Diskussion häufig zu *Mißverständnissen*. Dies hat mehrere *Gründe*. So ist diese Form empirischer Forschung bei ihren wissenschaftlichen Bemühungen auf die *freiwillige* Mitwirkung der Befragten angewiesen. Gerade bei dem Kreis von Personen und Gruppen mit dem stärksten Gewaltpotential bzw. bei überzeugten Gewalttätern kann jedoch kaum mit einer ernsthaften Kooperation gerechnet werden. Ferner hängt der Anteil der „gewaltbereiten“ Personen sehr stark von den in die Konstruktion eines entsprechenden Index eingehenden Fragen³⁾ ab.

* Wir danken Ulrike Geißler für die Hilfe bei der Datenanalyse.

Weiterhin wird häufig die *verbale* Zustimmung zu gewaltförmigen Aktionen mit *tatsächlichem* Gewalthandeln gleichgesetzt. Nun läßt zwar die Zustimmung von Befragten zu einer „gewalthaltigen“ Aussage erkennen, daß diese eine solche Verhaltensweise persönlich für legitim halten; sie bedeutet jedoch nicht, daß diese Personen auch tatsächlich so handeln. Und schließlich kann mit den Mitteln der Umfrageforschung die tatsächliche Gewaltbereitschaft *in konkreten Situationen* kaum sicher erfaßt werden, da sich situative Faktoren mittels Umfragen nicht umfassend eruieren lassen.

Politisch motivierte Gewalt, von links wie von rechts, erscheint immer erst im Zusammenhang konkreter politischer Konflikte

Im Zentrum der öffentlichen Gewaltdebatte standen während der vergangenen 25 Jahre vor allem *Protestaktionen*, die sich gegen die Gefährdung des *Friedens* (insbesondere durch atomare Aufrüstung), gegen die Bedrohung der *Umwelt* (u. a. durch die geplante Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf), gegen Beeinträchtigungen im *lokalen Lebensraum* (z. B. durch Luxussanierungen von Stadtteilen) und gegen Akte wirklichen und vermeintlichen *staatlichen Unrechts* richteten. An diesen Aktionen beteiligten sich vor allem Personen aus dem Umfeld der sog. *Neuen Sozialen Bewegungen* (u. a. Ökologie- und Friedensbewegung, Jugendzentrums-, Hausbesetzergruppen). Die *rechtsextreme Szene* war demgegenüber jahrelang zahlenmäßig schwach und ideologisch zersplittert. Erst mit einer Reihe von Organisationsgründungen und personellen Zusammenschlüssen versuchten rechte Gruppen in den siebziger und achtziger Jahren, das Gesetz des Handelns auch für sich wieder in Anspruch zu nehmen. Während sich die *Skinheadszen*e in Westdeutschland Anfang der achtziger Jahre aus einer *unpolitischen Subkulturbewegung* heraus entwickelte und erst später durch die gezielte Beeinflussung von seiten rechtsextremistischer Gruppen *zunehmend politisiert* wurde, verstanden sich die *Skinheads in Ostdeutschland* bereits zu DDR-Zeiten als *neofaschistische Opposition* zum kommunistischen Herrschaftssystem. Insofern ist ihr Politisierungsgrad auch heute noch höher, und der Rückgriff auf neonazistisches Gedankengut ist bei ihnen stärker ausgeprägt als bei ihren westdeutschen Gesinnungsgenossen.

In den letzten Jahren wurden dann die *Ausländerproblematik* und die Verschärfung der *Asylfrage* zum beherrschenden Agitationsthema der Rechten. Und so richteten sich die Gewaltaktivitäten der *Skinheads* zunehmend gegen ethnische Minderheiten, insbesondere Asylbewerber und Ausländer aus anderen Kulturkreisen. Es nahmen aber auch gewaltsame Auseinandersetzungen mit linksorientierten Gruppierungen wie den „Autonomen“ und Ausländerschutzgruppen

in jüngster Vergangenheit stark zu. Diese Zunahme rechter Gewalttaten schlägt sich u. a. in den Verfassungsschutzberichten nieder. Nicht nur die recht(sextrem)e „Szene“, sondern auch die linksorientierten Gruppen und ihre Aktionsfelder machen deutlich, daß es keine „festen“ Gruppierungen gibt, die „von Hause aus“ zu gewaltsamen Aktionen neigen. Vielmehr zeigt sich, daß Gewalt fast immer erst im Zusammenhang mit konkreten politischen Konflikten in „Erscheinung tritt“. Gewaltbereitschaft entsteht erst im Rahmen konflikthafter Situationen. *Politisch* motiviertes Gewalthandeln läßt sich insofern von anderen Formen der Gewalt abgrenzen, als dieses von politischen Einstellungen und Strategien her *begründet, legitimiert* und in konkreten politischen Konfliktfällen *praktiziert* wird.

Das Protest- und Gewaltpotential Jugendlicher: direkte politische Beteiligungsformen, Gewaltbereitschaften und tatsächliches Gewalthandeln

Die *Datenlage* zu Gewalteinstellungen, -potentialen und -handlungen von Jugendlichen ist *unzulänglich*, da keine zuverlässigen Statistiken über konkrete Aktivitäten und Ereignisse vorliegen. Zudem existieren außer einigen Studien zum Terrorismus und den diesbezüglichen Akteuren⁴⁾ keine Untersuchungen über politische Gewalttäter selbst und ihre soziodemographischen Merkmale, politischen Motive und Orientierungen.

Sowohl für die *theoretische Interpretation* als auch für *politisch-praktische Schlußfolgerungen* erweisen sich Zahlen über das Gewaltniveau Jugendlicher in einer Gesellschaft nur dann als sinnvoll, wenn sie im Kontext *international vergleichender* Daten betrachtet werden und zudem Veränderungen im *Zeitverlauf* abbilden. Für einen solchen internationalen Vergleich der Häufigkeit politischer Gewaltereignisse stehen nur die Ergebnisse des *Yale World Data Program*⁵⁾ für den Zeitraum 1948 bis 1982 zur Verfügung. Dabei wurden sowohl direkte gewaltlose Partizipationsformen (*Demonstrationen, Streiks*) als auch gewaltsame Unruhen (*riots*) für die fünfzehn bedeutendsten Demokratien erfaßt. Im Vergleich zu anderen westlichen Demokratien weist die Bundesrepublik dabei keine besonders hohe bzw. kontinuierlich ansteigende Konfliktaffinität auf, auch wenn sich die Jahre 1968 bis 1972 und 1978 bis 1982 als besonders konfliktträchtig herauskristallisiert haben⁶⁾.

Ferner lassen sich die Protestaktivitäten in der Bundesrepublik anhand der *Demonstrationsstatistik* der Bundesländer verfolgen. Vergleicht man die Perioden 1975 bis 1980 und 1981 bis 1988, so hat sich die Zahl der Demonstrationen in den achtziger Jahren mehr als verdoppelt, ihre Gewaltsamkeit hat aber deutlich nachgelassen. Ob sich in diesen Zahlen eine Trendwende andeutet, kann erst die Zukunft zeigen.

Die reinen *Ereignisdaten* gewalttätiger Vorfälle geben allerdings keine Auskünfte über die *demographischen Merkmale* und die *Motive* der Gewalttäter. Daher müssen sie für eine detailliertere Analyse durch *Einstellungsdaten* ergänzt werden. Dabei kann man auf die Ergebnisse einer Reihe von *Umfragen* in der (alten) Bundesrepublik zurückgreifen, in denen Gewaltbereitschaften erhoben wurden. Dies sind:

- die *Political Action-Studie*: drei Repräsentativbefragungen (Bevölkerung ab 16 Jahren) in den Jahren 1974, 1980 und 1985 (letztere nur mit über 17jährigen⁷⁾,
- die Studien *Jugend und Staat* und *Partizipation*: Repräsentativbefragungen von 16- bis 35jährigen im Jahr 1980 und von über 16jährigen im Jahr 1985⁸⁾,
- die seit 1983 jährlich durchgeführten repräsentativen Umfragen bei Wahlberechtigten, die vom *IPOS-Institut*, Mannheim, im Auftrag des *Bundesinnenministeriums* durchgeführt werden⁹⁾ und
- eine Studie, die 1989 von *Kaase/Neidhardt* im Auftrag der *Gewaltkommission* der Bundesregierung 1989 durchgeführt wurde¹⁰⁾.

Neben einer Kurzdarstellung der wesentlichen Ergebnisse dieser Studien werden wir uns im folgenden hauptsächlich auf die Daten des *Jugendsurveys* des *Deutschen Jugendinstituts* (DJI), München, stützen. Dieser Jugendsurvey ist eine Repräsentativbefragung über politische Orientierungen 16- bis 29jähriger *in den neuen und den alten Bundesländern*, die im Herbst 1992 durchgeführt wurde. Dabei wurden in den neuen Bundesländern 2564, in den alten Bundesländern 4526 junge Menschen befragt.

Wie u. a. die Analysen von *Uehlinger*¹¹⁾ gezeigt haben, sind nicht zuletzt wegen des *situativ-interaktiven* Charakters von Gewalterscheinungen, beispielsweise im Umfeld von Demonstrationen, die *Übergänge* zwischen illegalen, aber gewaltlosen Partizipationsformen und politischer Gewalt durchaus *fließend*. Deshalb soll bei der folgenden Beschreibung empirischer Ergebnisse zur politisch motivierten Gewalt auch jener Bereich der unverfaßten, illegalen Formen politischer Beteiligung berücksichtigt werden, der dem amerikanischen Sprachgebrauch folgend als „ziviler Ungehorsam“ (*civil obedience*) bezeichnet wird.

Da nur relativ wenige Jugendliche bereits selbst einmal die in den Studien vorgegebenen politischen Verhaltensweisen praktiziert haben, aus theoretischen Gründen aber nicht nur die *Aktiven* berücksichtigt werden sollen, sondern auch die *Mobilisierungspotentiale*, zielten die Fragestellungen aller genannten Untersuchungen nicht nur auf das *tatsächliche* Verhalten, sondern auch auf *Verhaltensbereitschaften*. Daher wurde neben den konkreten

Partizipationsaktivitäten auch das gesellschaftliche *Meinungsklima* in bezug auf politische Beteiligung erfaßt. Noch einmal sei darauf hingewiesen, daß geäußerte Beteiligungsabsichten keinesfalls mit tatsächlichen Verhaltensweisen gleichzusetzen sind, da hierbei Mobilisierungsprozesse und situative Faktoren eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen können.

Gewaltbilligung und Gewaltbereitschaft links und rechts

Man kann u. a. davon ausgehen, daß die Neigung zu politisch motivierter Gewalt ein *Kontinuum* darstellt, das von sehr schwacher Befürwortung politischer Gewalt bis hin zu tatsächlichen Gewalthandlungen reicht. Um Einstellungs- und Handlungspotentiale zu bestimmen, soll daher zunächst untersucht werden, welche Unterstützung auch schwächere Ausprägungen der Befürwortung von Gewalt finden. Denn wie beispielsweise die Ereignisse von Rostock im Sommer 1992 gezeigt haben, wirkt ein *Umfeld*, das politische Gewalttaten billigt, als *psychologische Verstärkung* und kann die Gewalttäter in ihrem Handeln ermuntern.

Im folgenden geht es nicht nur darum, den *Umfang* von Einstellungspotentialen zu bestimmen, was aus den bereits genannten Gründen ohnehin fragwürdig ist. Vielmehr sollen die Zusammenhänge von Gewaltbilligung und später auch von Gewaltbereitschaft mit politisch-ideologischen Orientierungen der Befragten analysiert werden. Dies ist vor allem deshalb interessant, weil in den letzten Jahren *rechte Gewalttaten stark zugenommen* haben. Unabhängig davon ist die Frage, ob Gewaltbilligung und Gewaltbereitschaft eher auf der linken oder eher auf der rechten Seite des politischen Spektrums verbreitet sind, von besonderem Interesse.

Die *politisch-ideologischen Orientierungen* der Befragten wurden mittels der Selbsteinstufung auf der Links-Rechts-Skala erhoben. Diese ist ein in der Umfrageforschung gebräuchliches Instrument, bei dem die Befragten gebeten werden, ihre eigene Position auf einer 10stufigen Skala anzugeben, die von „Links“ (Skalenwert 1) bis „Rechts“ (Skalenwert 10) reicht. Zahlreiche Untersuchungen haben ergeben, daß die meisten Bürger der Bundesrepublik die Links-Rechts-Dimension als ein sinnvolles Orientierungsschema empfinden, das zur Charakterisierung politisch-ideologischer Grundpositionen geeignet ist, und zwar sowohl für die eigene Position als auch für die der politischen Parteien und Politiker¹²).

Die Verteilung der im *DJI-Jugendsurvey* befragten jungen Menschen auf der Links-Rechts-Skala entspricht fast genau einer Normalverteilung, d. h. das Gros der Befragten stuft sich auf einer ideologischen Mittelposition ein, und die Anteile nehmen nach links und rechts hin kontinuierlich ab. Faßt man jeweils zwei Skalenpunkte zusammen, so ergeben sich *in Ost und West* die folgenden Verteilungen:

	Ost		West	
	n	%	n	%
links	158	6,2	273	6,2
eher links	665	26,3	1261	28,3
Mitte	1206	47,6	2022	45,3
eher rechts	392	15,5	736	16,5
rechts	109	4,3	169	3,8
Insgesamt ¹³⁾	2564	99,9	4526	100,1

Im *Jugendsurvey* des DJI waren zwei *Items* enthalten, um Gewaltbilligung zu messen. Die Befragten wurden gebeten, ihre Zustimmung bzw. Ablehnung gegenüber den folgenden Aussagen anzugeben:

- In jeder Gesellschaft gibt es bestimmte Konflikte, die mit *Gewalt* ausgetragen werden müssen.
- Auch wer in einer Auseinandersetzung Recht hat, sollte einen *Kompromiß* suchen.

Die Antworten auf diese Fragen (Prozentwerte siehe Tabelle 1) weisen fast spiegelbildliche Verteilungen auf: Während ein Viertel der jungen Menschen Gewalt für unvermeidlich hält, sprechen sich gleichzeitig mehr als drei Viertel für die Suche nach Kompromissen aus. Die Anteile sind besonders hoch bei denjenigen, die sich selbst ideologisch in der Mitte oder eher links einordnen. Immerhin jeweils etwas mehr als ein Drittel derjenigen, die sich ganz auf der Linken oder als gemäßigt rechts einordnen, halten hingegen gewaltsame gesellschaftliche Konflikte für unvermeidlich. Unter den eindeutig rechtsorientierten Jugendlichen schließlich steigt der entsprechende Anteil nochmals deutlich an und beträgt annähernd die Hälfte im Westen und sogar fast zwei Drittel im Osten der Bundesrepublik. Und umgekehrt ist in dieser Gruppe der Rechtsorientierten auch der Anteil derjenigen, die für die Suche nach Kompromissen eintreten, deutlich geringer als in allen anderen Untergruppen. Dabei weichen jedoch die rechtsorientierten Jugendlichen im Westen weit weniger vom Durchschnitt der Befragten ab.

Repressionspotential: ziemlich eng mit ideologisch-politischen Orientierungen verbunden

Der Begriff der politischen *Repression* ist in der Umgangssprache ähnlich wie der Gewaltbegriff überwiegend negativ besetzt; man assoziiert damit häufig politische Unterdrückung in autoritären und totalitären Gesellschaftssystemen. In rechtsstaatlichen Demokratien läßt sich Repression unter Anerkennung des staatlichen Gewalt-

Tabelle 1:
Gewaltbilligung, Repressionspotential und Links-Rechts-Orientierung bei Jugendlichen in den neuen und alten Bundesländern
 (% Zustimmung)

	O S T					
	Ins- gesamt	links	eher links	Mitte	eher re- chts	rechts
1. Gewalt unvermeidlich	25,6	28,2	20,5	20,1	38,9	65,1
2. Kompromisse anstreben	81,6	79,1	85,9	84,9	73,7	50,9
3. Verlust Demonstrationsrecht	65,8	49,4	60,5	73,3	63,3	48,6
4. Für Todesstrafe	51,4	40,5	42,5	51,3	62,4	83,5
5. Scharfes Durchgreifen der Polizei	74,2	63,3	68,6	78,4	76,2	71,6
	W E S T					
1. Gewalt unvermeidlich	23,6	36,6	19,8	20,4	28,8	47,3
2. Kompromisse anstreben	81,1	78,4	84,4	81,9	77,2	66,9
3. Verlust Demonstrationsrecht	70,0	51,5	67,6	72,9	74,3	63,9
4. Für Todesstrafe	43,3	26,7	38,5	42,1	54,4	72,8
5. Scharfes Durchgreifen der Polizei	60,1	37,0	47,9	64,6	73,2	79,3

Quelle: DJI-Jugendsurvey 1992

monopols und der Legalität staatlichen Handelns als „Inbegriff notwendiger staatlicher Mittel und Reaktionen auf illegale Akte gegen Staat und Gesellschaft bezeichnen, die der Aufrechterhaltung des öffentlichen Friedens dienen“¹⁴).

Das Ausmaß der Befürwortung repressiver staatlicher Aktionen ist insofern von Interesse, als es Rückschlüsse auf das inhaltliche Demokratieverständnis der Bevölkerung zuläßt. In der *Political Action-Studie* (1974, 1980) und der von Kaase/Neidhardt durchgeführten Repräsentativbefragung wurde das sog. „Repressionspotential“ mittels folgender Items erhoben:

„Was halten Sie von den folgenden Verhaltensweisen? Sagen Sie mir bitte zu jeder, ob Sie diese Verhaltensweise voll befürworten, im großen und ganzen befürworten, ob Sie sie im großen und ganzen ablehnen oder entschieden ablehnen?“

- A Wenn Polizisten mit Schlagstöcken gegen Demonstranten vorgehen;
- B Wenn Gerichte harte Strafen über solche Protestierer verhängen, die sich gegen Anweisungen der Polizei zur Wehr setzen;
- C Wenn die Regierung zur Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung jede öffentliche Demonstration verbietet;
- D Wenn die Bundesregierung den Bundesgrenzschutz oder die Bundeswehr einsetzt, um einen Streik zu beenden.

Betrachtet man die Entwicklung der Einstellungen der bundesdeutschen Bevölkerung zu repressiven staatlichen Akten für den Zeitraum 1974 bis 1989, so ist die *Zustimmung zu staatlicher Repression* in den alten Bundesländern *leicht zurückgegangen*. Während 1974 noch fast die Hälfte der Befragten den Gebrauch von Schlagstöcken gegen Demonstranten für gerechtfertigt hielt, sank dieser Prozentsatz bis 1989 auf ein Viertel; für die Verhängung harter Strafen gegen Demonstranten sprachen sich 1974 noch 77,2%, 1989 jedoch nur noch 60,2% aus¹⁵). Dabei lag zu allen Zeitpunkten das Repressionspotential in der Gruppe der 18- bis 21jährigen am niedrigsten und stieg mit zunehmendem Alter an¹⁶).

Wichtig ist dabei, daß repressive Maßnahmen zu allen Zeitpunkten beträchtliche Zustimmungswerte erreicht haben und das Repressionspotential gleichzeitig relativ eng mit den ideologisch-politischen Orientierungen verbunden ist. Es liegt am niedrigsten bei linksorientierten Personen. 1989 erreichten 16,5% der „Linken“ 31,8% der sich selbst der politischen Mitte zurechnenden und 48,8% der rechtsorientierten Befragten einen der beiden höchsten Skalenwerte¹⁷). Ganz generell heißt dies wohl, daß je nach Fragestellung eine starke Minderheit oder sogar eine Mehrheit „Ruhe und Ordnung“ als wichtige Güter betrachtet und staatlichen Organen deshalb das Recht zubilligt, zu deren Aufrechterhaltung hart durchzugreifen. Dies wird auch durch zahlreiche andere Umfrageergebnisse bestätigt¹⁸).

Im *DJI-Jugendsurvey* wurde die Repressionsneigung der *jungen* Bevölkerung in der Bundesrepublik anhand dreier Items untersucht (siehe Tabelle 1). Die Ergebnisse bestätigen, daß etwa die Hälfte der Befragten bei bestimmten Verbrechen die *Todesstrafe* für angemessen hält und daß der Anteil derjenigen, die ein hartes Durchgreifen der Polizei zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung befürworten, sogar noch höher liegt. Zwei Drittel der Befragten sind zudem dafür, daß der Bürger das Recht zu Streiks und Demonstrationen verliert, wenn er damit die öffentliche Ordnung gefährdet.

Allerdings darf eine ausgeprägte Repressionsneigung nicht mit der Befürwortung eines Polizeistaates gleichgesetzt werden. Gleichzeitig tritt nämlich die große Mehrheit der Befragten für *Meinungsfreiheit* und das *Recht auf Demonstration* ein. Dies gilt insbesondere für die Bürger in den neuen Bundesländern, wo die Befürwortung des Demonstrationsrechts durchweg noch über der in den alten Bundesländern liegt¹⁹).

Ein Einstellungswandel bei den „Rechten“ hin zur Befürwortung direkter Gewaltaktionen

Von den Ergebnissen früherer Studien für die alte Bundesrepublik abweichend zeigen die Werte in Tabelle 1 keinen linearen, sondern einen teilweise kurvilinearen Zusammenhang zwischen der Befürwortung staatlicher Repressionsmaßnahmen und den politisch-ideologischen Orientierungen. Dies gilt im Osten sowohl für die Befürwortung eines harten Durchgreifens der Polizei zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung, als auch für das Item, daß der Bürger das Recht auf Streiks und Demonstrationen verliert, wenn er damit die öffentliche Ordnung gefährdet. Die Zustimmung zu diesen Items ist zwar nach wie vor bei den linksorientierten Befragten am geringsten und steigt bei den sich weiter rechts einstufoenden Personen an, sie nimmt jedoch bei den ganz rechts Orientierten wieder ab. Bei den jungen Menschen im Westen zeigt sich ein solches kurvilineares Muster allerdings lediglich beim Item zum Demonstrationsrecht. Bei der Befürwortung der Todesstrafe existiert schließlich in beiden Befragtengruppen ein linearer Zusammenhang zur ideologischen Orientierung. Dieses Ergebnis deutet möglicherweise darauf hin, daß sich in jüngerer Zeit ein Einstellungswandel bei den „Rechten“ vollzogen hat. Traditionell halten Rechtsorientierte nämlich die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung für ein wichtiges Gut, für dessen Realisierung in erster Linie *die staatlichen Ordnungskräfte zuständig* sind. Gleichzeitig stehen sie *direkten* politischen Aktionen eher ablehnend gegenüber. Dagegen geben Linksorientierte tendenziell eher den Freiheitsrechten des einzelnen Staatsbürgers den Vorrang vor „Ruhe und Ordnung“ und befürworten den Rückgriff auf direkte politische Aktionen, um die eigenen Interessen zur Geltung zu bringen. Dieses Muster läßt sich in den DJI-Daten für die Befürwortung von Bürgerrechten und der Todesstrafe beobachten. Daneben deutet sich jedoch ein neuer Trend an, indem nunmehr auch ein wachsender Anteil der Anhänger der äußersten „Rechten“ das Recht auf Durchsetzung von Bürgerinteressen durch direkte Aktionen höher bewertet als die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung durch die Polizei. Wie später noch dargestellt wird, gilt dies vor allem für rechtsorientierte Jugendliche in den neuen Bundesländern.

Rund die Hälfte der Jugendlichen in West und Ost nimmt das Risiko bei illegalen Aktionen in Kauf

Betrachtet man zunächst die *legalen und institutionalisierten politischen Aktionsformen*, so weisen die Zahlen für die Bundesrepublik bereits für 1974 eine hohe Akzeptanz dieser Formen politischer

Beteiligung aus. Kaase/Neidhardt werteten dies als eine Bestätigung ihrer Auffassung, daß „ein Schlüssel zur Verringerung politischer Gewalt in der Verbesserung und Institutionalisierung differenzierter politischer Partizipationsangebote liegt“²⁰).

Die Ergebnisse eines *Zeitvergleiches* (1980 bis 1989) speziell für die Gruppe der jüngeren Westdeutschen (16 bis 35 Jahre) bestätigen die bereits festgestellten Befunde. Bei fast allen untersuchten politischen Verhaltensweisen zeigt sich eine hohe Antwortstabilität im Zeitverlauf. Außerdem belegen die Umfragedaten, daß legale, unverfaßte politische Aktionen bereits zur *Normalität* besonders bei den jungen Bürgern geworden sind. Diese zeitliche Konstanz gilt allerdings nicht für die Aktivitäten „Wählen“ und „Teilnahme an öffentlichen Diskussionen“, wo sich eine leicht rückläufige Tendenz abzeichnet²¹). Gleichzeitig weisen die Ergebnisse auf die weite Kluft zwischen *Verhaltensabsichten* und *tatsächlichem Verhalten* hin, wobei sich diese Distanz bei den Aktionsformen mit höherer Gewaltaffinität noch verstärkt. Daß die teilweise sehr ausgeprägte Einstellungsnähe zu Aktionen zivilen Ungehorsams und zu politischer Gewalt gerade bei der Jugend nicht ihrem *tatsächlichen Verhalten* entspricht, belegen auch die aktuellen Zahlen des *DJI-Jugendsurvey*.

Tabelle 2:
Einstellungen der Jugendlichen zu verschiedenen Partizipationsformen – Verhaltensbereitschaften und tatsächliches Verhalten – im Ost-West-Vergleich (In %)

Partizipationsformen	Verhaltensbereitschaften		Tatsächliches Verhalten	
	Ost	West	Ost	West
Beteiligung an Wahlen	90,8	93,9	70,7	81,9
In eine Partei eintreten und aktiv mitarbeiten	21,1	23,5	4,5	2,7
Mitarbeit in einer Bürgerinitiative	39,6	44,7	4,3	7,0
Beteiligung an einer Unterschriftensammlung	83,3	77,4	52,0	49,1
Teilnahme an einer genehmigten Demonstration	79,0	62,1	50,6	28,8
Teilnahme an einer nicht genehmigten Demonstration	37,4	26,6	20,5	8,5
Wilder Streik	16,4	12,0	1,6	1,0
Hausbesetzung	19,2	12,3	2,8	2,0
Boycott	28,6	31,7	3,6	9,8
Gewalt gegen Sachen	12,2	7,0	3,7	1,8
Gewalt gegen Personen	12,4	6,9	2,9	1,0

Quelle: DJI-Jugendsurvey 1992

Politische Gewaltanwendung durch die Bürger, die sich gegen andere Bürger (u. a. Ausländer) sowie gegen Repräsentanten des Staates selbst richten kann, steht im Widerspruch zum *Gewaltmonopol* des Staates und ist daher prinzipiell illegal. Meistens – dies gilt zumindest für die Mehrheit der Teilnehmer direkter politischer Aktionen – sind Gewalthandlungen *nicht geplant*, sondern entstehen spontan im Rahmen dieser Aktionen, also *situationsspezifisch*. Von daher schließt die Bereitschaft zur Teilnahme an illegalen politischen Aktionen häufig das Risiko mit ein, daß es zu Gewalttätigkeiten kommt, auch wenn das nicht allen Teilnehmern von vornherein bewußt sein mag. Um auch solche Grenzfälle mit einzubeziehen und den graduellen Charakter direkter politischer Partizipationsformen herausarbeiten zu können, enthält die erste Spalte von Tabelle 2 zunächst die prinzipielle Bereitschaft zu verschiedenen Formen der Bürgerbeteiligung an der Politik. Dabei zeigt sich, daß sowohl Beteiligungsformen, die für die Bürger mit hohem zeitlichen Aufwand verbunden sind, wie die Mitarbeit in Parteien und/oder Bürgerinitiativen als auch die Beteiligung an illegalen Aktionen, sehr viel seltener in Betracht gezogen werden als die Teilnahme an legalen und zeitlich mit geringen Kosten verbundenen Aktionen, z. B. an Wahlen, genehmigten Demonstrationen usw.

Bereits in der *Political-Action-Studie* von 1974 erklärte etwa ein Fünftel der Befragten, Aktivitäten zivilen Ungehorsams als Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele in Betracht zu ziehen. Dieser Anteil nahm bis 1989 noch zu. Die Zahl derjenigen, die sich bereits einmal an illegalen politischen Aktionen beteiligt hatten, lag allerdings um ein Vielfaches niedriger.

Tabelle 3:
Bereitschaft zur Teilnahme an illegalen politischen Aktionen und Links-Rechts-Orientierung

	O S T					
	Insgesamt	links	eher links	Mitte	eher rechts	rechts
keine	48,8	27,8	43,9	58,9	42,3	16,5
1 Aktionsform	22,1	20,3	21,7	23,3	22,2	14,7
2 oder mehr Aktionsformen	29,1	51,9	34,4	17,8	35,5	68,8
	W E S T					
keine	56,2	29,3	45,1	63,4	66,3	48,5
1 Aktionsform	21,6	16,8	24,4	21,5	19,7	13,0
2 oder mehr Aktionsformen	22,2	53,8	30,5	15,1	14,0	38,5

Quelle: DJI-Jugendsurvey 1992

Um einen Anhaltspunkt für die Beteiligungsbereitschaft an illegalen politischen Aktionen zu gewinnen, wurde ein Index gebildet, in den die sechs Verhaltensbereitschaften eingingen, die sich am Ende von Tabelle 2 befinden: Teilnahme an nicht genehmigten Demonstrationen²²), wilden Streiks, Hausbesetzungen, Boykott sowie an Aktionen, bei denen Sachbeschädigungen bzw. Gewalt gegen Personen nicht auszuschließen sind. Tabelle 3 zeigt zunächst, daß etwa die Hälfte der Befragten in Ost und West nicht ausschließt, zur Durchsetzung eines wichtigen politischen Anliegens auch auf illegale Aktionsformen zurückzugreifen. Dabei ist in den neuen Bundesländern die Bereitschaft zur Teilnahme an solchen Aktionen ausgeprägter als in den alten. Erneut ist auch der Zusammenhang mit den politisch-ideologischen Orientierungen der Befragten beträchtlich. Über zwei Drittel der sich selbst ganz links verortenden Befragten zeigen die entsprechenden Verhaltensbereitschaften, gegenüber nur etwa 40% derjenigen, die sich selbst der Mitte des politischen Spektrums zuordnen. Und noch deutlicher als beim Repressionspotential steigt die Bereitschaft zu illegalen politischen Aktionen bei den ganz rechts Orientierten insbesondere in den neuen Bundesländern wieder an. Dort ist sie mit 83,5% sogar höher als bei den Linken. Dieser sehr deutlich ausgeprägte kurvilineare Zusammenhang steht in deutlichem Gegensatz zu dem früher üblichen Muster, nach dem diese Bereitschaft kontinuierlich abnahm, je weiter man sich vom linken in den rechten Teil des politischen Spektrums bewegte²³).

Dennoch: Gewaltanwendung bleibt tabuisiert

Im allgemeinen geht man bisher davon aus, daß *rechtsorientierte* Personen eher für *staatliche* bzw. *polizeiliche* Maßnahmen zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung eintreten und illegale politische Aktionen zur Durchsetzung politischer Ziele ablehnen. Sie betrachten die Ausübung von Gewalt durch die Bürger lediglich als ein letztes Mittel, wenn in ihren Augen die Staatsorgane versagt haben. *Linksorientierte* Personen sehen in direkten politischen Aktionen bzw. im politischen Protest hingegen ein normales Mittel zur Durchsetzung politischer Forderungen. Von daher ist rechte Gewaltbereitschaft mehr als linke ein Indiz für eine Aushöhlung der *Legitimität des Staates*. Die Zunahme der Bereitschaft zu illegalen Aktionen bei den Rechten, die sich aus den DJI-Daten ablesen läßt, stellt also möglicherweise ein qualitativ neues Phänomen in der deutschen Politik dar. Andererseits muß man jedoch sehen, daß die entsprechende Gruppe *prozentual relativ klein* ist: Lediglich 4,3% der befragten Jugendlichen im Osten und 3,8% im Westen rechnen sich selbst der äußersten Rechten zu.

Die Ergebnisse aller Studien zur politischen Partizipation in Deutschland bestätigen den Tabu Charakter, mit dem politisch motivierte

Gewalt in unserer Gesellschaft belegt ist. Hieran hat sich in den letzten Jahrzehnten auch nichts geändert. Zu allen Untersuchungszeitpunkten lehnten ca. 95% der westdeutschen Bevölkerung jede Form politischer Gewalt ab (u. a. *Political-Action-Studie* 1974 und 1980; *Kaase/Neidhardt* 1989).

Um bei der Messung individueller Einstellungen und Dispositionen Fehlinterpretationen weitestgehend zu vermeiden, wurde in der Studie von *Kaase/Neidhardt* ein breites Spektrum potentiell gewalttätigen Verhaltens erhoben. Die Befragten sollten dabei angeben, welche der folgenden Verhaltensweisen sie in Betracht ziehen würden, um ein ihnen wichtiges politisches Anliegen durchzusetzen. Aus diesen Antworten wurde dann ein Index „Gewaltbereitschaft“ gebildet:

- Bei einer Demonstration mal richtig Krach schlagen, auch wenn dabei einiges zu Bruch geht.
- Für Ruhe und Ordnung sorgen, auch wenn dazu Gewalt gegen andere Mitbürger notwendig ist.
- Für eine Sache kämpfen, auch wenn dazu Gewalt gegen politisch Verantwortliche notwendig ist.

Außerdem wurde neben den entsprechenden Aktionsbereitschaften auch nach der individuellen Billigung gewaltsamer Handlungen gefragt. So sollten die Befragten die drei folgenden Situationen danach bewerten, inwieweit sie dabei den Einsatz von Gewalt für akzeptabel halten würden:

- Sich bei einer Demonstration gegen Übergriffe der Polizei mit Latten oder Steinen zur Wehr setzen.
- Wenn Bürger Asylanten handgreiflich klarmachen, daß sie in ihre Heimat zurückfahren sollen.
- Bei einer Demonstration mal richtig Krach schlagen, auch wenn dabei einiges zu Bruch geht.

Aus diesen Items wurde der Index „Gewaltbilligung“ gebildet. Da Menschen in der Regel nur an solchen Aktionen teilzunehmen bereit sind, deren Zielsetzung sie billigen, kann der statistisch relativ enge Zusammenhang zwischen Gewaltbereitschaft und Gewaltbilligung ($r = .38$) kaum überraschen. Allerdings ist dieser Zusammenhang keineswegs perfekt, da ein erheblicher Teil derjenigen, die Gewalt billigen (37,1%), selbst nicht bereit ist, gewaltsam zu handeln²⁴). Insofern interessiert im folgenden auch die Frage nach den Merkmalen, die die Unterschiede zwischen Gewalt- und Unterstützungspotential mitbeeinflussen.

Im *DJI-Jugendsurvey* wurde zur Messung der Gewaltbereitschaft (vgl. Tabelle 2) ein sehr breiter Gewaltbegriff verwendet. War der Befragte zur Teilnahme auch nur an einer dieser Aktionen bereit, bei denen es zu Sachbeschädigungen bzw. zu Gewalt gegen Personen kommen kann, so wurde er als „gewaltbereit“ eingestuft. Nach der persönlichen Beteiligungsbereitschaft an Gewalthandlungen wurde absichtlich nicht direkt gefragt, um keine Widerstände auf seiten der Befragten aufkommen zu lassen. 10,3% der Jugendlichen in den

alten und 15,8% in den neuen Bundesländern erklärten, daß sie die Teilnahme an solchen Aktionen in Betracht ziehen.

Alter und Geschlecht von Bedeutung, doch nicht Bildung und Schichtzugehörigkeit

Der verbreiteten Wahrnehmung entsprechend, daß sich überwiegend junge Leute an gewaltsamen Auseinandersetzungen im politischen Umfeld beteiligen, kann erwartet werden, daß das Gewaltpotential mit zunehmendem *Alter* sinkt. Dies wird durch die Ergebnisse der Studie von *Kaase/Neidhardt* bestätigt, derzufolge die *Gewaltbereitschaft* von 32,1% in der Gruppe der 18- bis 21jährigen bis auf 15,1% bei den über 65jährigen zurückgeht. Die Werte für *Gewaltbilligung* sinken mit zunehmendem *Alter* allerdings weitaus weniger, nämlich lediglich von 52,8% auf 41,6%²⁵). Dies ist ein wichtiger Hinweis darauf, daß politisch motivierte Gewalt keinesfalls als ein „Jugendphänomen“ abgetan werden kann.

Der Zusammenhang von *Gewaltbereitschaft* und *Alter* wird durch die Ergebnisse des *DJI-Jugendsurvey* bestätigt. Sowohl in den östlichen als auch in den westlichen Bundesländern nimmt die *Gewaltbereitschaft* im Altersverlauf ab, wobei die Ostjugendlichen in allen Altersgruppen höhere Werte aufweisen als ihre westlichen Altersgenossen (vgl. Tabelle 4). Auch beim Merkmal *Geschlecht* zeigt sich der erwartete Zusammenhang. In beiden Untersuchungen – Umfrage der *Gewaltkommission* und *DJI-Jugendsurvey* – sind die Männer *gewaltbereiter* als die Frauen. Bei der Dimension der *Gewaltbilligung* sind die geschlechtsspezifischen Unterschiede (Männer 48,2%, Frauen 42,5%) wiederum geringer.

In bezug auf die klassische sozialwissenschaftliche Strukturvariable *Schicht* wird bei *Kaase/Neidhardt* festgestellt, daß sich das *Gewaltpotential* in der Bundesrepublik Deutschland nicht schichten- und klassenmäßig konzentriert. Grundsätzlich ähnlich sieht es beim Einflußfaktor *Bildung* aus. Die Differenzen zwischen den verschiedenen Bildungsschichten sind gering, wenn auch mit zunehmender Bildung eine größere *Gewaltbereitschaft* wahrscheinlicher wird²⁶).

Im *DJI-Jugendsurvey* zeigt sich demgegenüber ein deutlicher Einfluß von *Erwerbsstatus* und *Familienstand* auf die *Gewaltbereitschaft*. Schüler und Studenten weisen in beiden deutschen Regionen im Vergleich mit Erwerbstätigen ein stark überdurchschnittliches *Gewaltpotential* auf. Dies dürfte allerdings primär mit dem geringeren Durchschnittsalter, der größeren zeitlichen Flexibilität sowie der wenig gesicherten Lebenssituation von Schülern und Studenten zusammenhängen. Ferner könnte auch in der Struktur der sozialen Netzwerke von Schülern und Studenten – starke Einbindung in Gleichaltrigengruppen – ein Erklärungsgrund für ihr hohes Mobilisierungspotential für gewaltförmige Aktionen liegen.

Tabelle 4:

Zusammenhänge zwischen sozialen Merkmalen und Gewaltbereitschaft/Beteiligung an politischen gewalttätigen Aktionen (in %)

Soziale Merkmale	Gewaltbereitschaft		Gewalthandeln	
	Ost	West	Ost	West
Alter				
16 - 17 Jahre	26,4	12,2	6,9	2,3
18 - 20 Jahre	18,6	11,9	6,0	2,3
21 - 24 Jahre	15,8	11,2	3,0	1,2
25 - 29 Jahre	9,5	8,6	2,0	1,6
Geschlecht				
männlich	21,8	13,7	5,8	2,4
weiblich	9,7	6,8	1,9	1,0
Familienstand				
ledig	20,8	11,9	5,3	2,1
ledig mit Partner/in	11,8	9,9	3,2	1,4
verheiratet	5,5	4,7	0,7	0,4
getrennt/geschieden	11,1	8,9	2,0	1,0
Erwerbssituation				
Schüler	21,4	12,6	5,1	2,5
Student	24,4	15,2	3,5	3,9
Erwerbstätig	10,4	7,3	2,6	0,7
Nicht/kaum erwerbstätig	11,3	7,0	4,0	1,3
Arbeitslos	18,6	20,3	5,7	3,0

Quelle: DJI-Jugendsurvey 1992

Bei der Variablen *Familienstand* erweist sich die Gruppe der Verheirateten als diejenige mit der geringsten Neigung zu gewaltsamen Partizipationsformen, während die Ledigen ohne Partner die höchste Gewaltaffinität (Gewaltbereitschaft und -handeln) zeigen. Auch hierbei dürften das geringere Alter und die geringere Einbindung der Ledigen in gesellschaftliche Verpflichtungen eine wichtige Rolle spielen.

Tabelle 5:
Zusammenhänge zwischen politischen Orientierungen und Gewaltbereitschaft im Ost-West-Vergleich in %

Politische Orientierungen	Gewaltbereitschaft	
	Ost	West
Links-Rechts-Skala		
Links	29,7	27,1
Eher links	14,7	11,4
Mitte	6,6	6,2
Eher rechts	27,0	8,7
Rechts	63,3	33,7
Wertorientierungen		
materialistisch	10,0	6,1
eher materialistisch (1. Rang mat., 2. postmat.)	14,7	7,1
eher postmaterialistisch (1. Rang postmat., 2. mat.)	17,0	8,7
postmaterialistisch	25,4	18,6

Quelle: DJI-Jugendsurvey1992

Entscheidend bleiben die politisch-ideologischen Orientierungen

In einer Reihe von Untersuchungen wurden Anhaltspunkte dafür gefunden, daß die Entwicklung politisch motivierter Gewaltbereitschaft weniger von allgemeinen sozialstrukturellen Faktoren beeinflusst wird als vielmehr von der politisch-ideologischen Orientierung einer Person²⁷). Dies wird sowohl durch die Ergebnisse von Kaase/Neidhardt als auch durch die des DJI-Jugendsurveys bestätigt. In beiden Studien ergeben sich ausgeprägte Zusammenhänge zwischen dem ideologischen Standpunkt der Befragten und ihrer Gewaltbereitschaft.

Bislang galt, daß Befragte, die ihre politischen Einstellungen selbst als links einstufen, häufiger eine Gewaltbereitschaft äußerten als jene, die sich rechts einordneten. Im DJI-Jugendsurvey zeigen demgegenüber Befragte, die ihre politisch-ideologische Position als rechts einstufen, eine höhere Gewaltneigung als solche mit linker Selbsteinstufung, wobei diese Tendenz in den östlichen Bundesländern eindeutiger ist.

Eine weitere Orientierungsdimension, die sich für Analysen sozialer und politischer Wandlungsprozesse in modernen Industriegesell-

schaften als nützlich erwiesen hat, sind *Wertorientierungen* in der Konzeptualisierung von *Ronald Inglehart*²⁸). Danach werden Personen nach ihren Wertprioritäten als *Materialisten* bzw. *Postmaterialisten* klassifiziert. Für Materialisten haben wirtschaftliche Belange und die Befriedigung von Sicherheitsbedürfnissen Priorität, während für Postmaterialisten nichtwirtschaftliche Belange sowie die politischen Beteiligungschancen und Möglichkeiten zur Selbstverwirklichung Vorrang haben. Je nach der vom Befragten angegebenen Rangordnung politischer Ziele ergeben sich folgende Werttypen: reine Postmaterialisten und reine Materialisten sowie die Mischtypen – eher materialistisch bzw. eher postmaterialistisch orientierte Personen²⁹). Bisherige Untersuchungen bestätigen den unabhängigen Einfluß der Wertedimension auf die Höhe des Gewaltpotentials. Dieser ist darauf zurückzuführen, daß materialistisch orientierte Personen eher *output*-orientiert sind und vom Staat in erster Linie wirtschaftliche Leistungen und äußere Sicherheit erwarten, während postmaterialistisch orientierte Personen für direkte Bürgerbeteiligung an politischen Entscheidungen eintreten. Die Ergebnisse des *DJI-Jugendsurvey* weisen diesen Zusammenhang ebenfalls nach. Dabei zeigen die reinen Postmaterialisten sowohl in den östlichen als auch in den westlichen Bundesländern eine höhere Gewaltneigung als die reinen Materialisten, wobei bei allen Werttypen im Osten das Bereitschaftsniveau zu gewaltsamen Aktivitäten etwas höher liegt.

Politische „Szenen“ und Subkulturen als Sozialisationsfelder jugendlicher Gewaltbereitschaften

Wie die *Gewaltkommission* der Bundesregierung festgestellt hat, wird die Gewaltfrage als politisches Problem heute meistens im Zusammenhang mit bestimmten Protestgruppen diskutiert, vor allem den *Neuen Sozialen Bewegungen*, den *Skinheads* und *neofaschistischen Gruppen*. Im Zentrum des Interesses der Gewaltforscher standen in der Vergangenheit überwiegend die *Neuen Sozialen Bewegungen*, bei denen zeitweise kleine Gruppen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen (beispielsweise in den Anti-AKW-Initiativen) gewalttätig in Erscheinung traten. In den letzten Jahren nahm jedoch insbesondere die gewaltbereite rechte Szene zahlenmäßig zu.

Die Bedeutung von *Gruppenzugehörigkeiten* für das politische Verhalten Jugendlicher ergibt sich daraus, daß sich politisches Interesse und politische Einstellungen im Verlauf der Jugendphase erst relativ spät stabilisieren. Zwar wird dem Elternhaus nach wie vor ein gewisser Einfluß auf die politischen Einstellungen von Jugendlichen attestiert, aber aufgrund des strukturellen Wandels der Jugendphase werden Gleichaltrigengruppen und Subkulturen zunehmend wichtiger für die politische Sozialisation. Gerade im Kontext sich ausdiffe-

renzierender politischer „Szenen“ unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen laufen Sozialisationsprozesse ab, die in bestimmten Konstellationen durchaus zu politisch motivierten Gewaltaktionen führen können.

Solche Überlegungen werden durch neuere Untersuchungen über Jugendliche aus der rechtsextremen Szene in den östlichen Bundesländern³⁰) bestätigt. Danach entwickeln sich rechtsradikale Ideologien und Überzeugungen sowie gewaltaffine Handlungsmuster erst in jahrelangen Sozialisationsprozessen, wobei solche Verhaltensmuster durch staatliche Abwehr- und Repressionsstrategien noch gefördert werden können. Das Phänomen, daß *strafrechtliche* Sanktionen zu *biographischen Brüchen* und Diskontinuitäten führen und zugleich bestimmte ideologische Positionen und Identifikationen emotional aufladen und diese so subjektiv bedeutsam werden, war in den vergangenen 25 Jahren auch mehrfach in den westlichen Bundesländern (z. B. bei der *Roten-Armee-Fraktion*) zu beobachten. Es handelt sich dabei um *Politisierungs- und Radikalisierungsprozesse jugendlicher Subkulturen durch Konflikterfahrungen, Feindbildstabilisierung und staatliche Sanktionierungspraxis*³¹). Diese speisen sich auch aus der Erfahrung, daß erst durch gewaltsame Auseinandersetzungen Politiker und Medien aktiviert werden, daß „Steine“ und „Brandsätze“ manchmal politisch wirksamer sind als Argumente³²).

Exakte Zahlen über Veränderungen der gewaltaffinen politischen Gruppen im linken wie im rechten Spektrum liegen nicht vor. Aus den jährlich veröffentlichten *Verfassungsschutzberichten* ergibt sich jedoch folgendes Bild: Danach nahmen die *Mitgliederzahlen* linksextremistischer und linksextremistisch beeinflusster Organisationen seit 1989 deutlich ab, während die Mitgliedschaft in rechtsextremistischen Organisationen und Gruppen ab 1990 erheblich zugenommen hat. Der *Verfassungsschutzbericht 1991*³³) gibt folgende Mitgliederzahlen an:

	1987	1991
Linksextremistische Organisationen	62 000	26 500
Rechtsextremistische Gruppen	27 300	39 800

Die Zahl der neonazistischen Skinheads wird dabei auf 4200 geschätzt, davon 1200 im Westen und 3000 in den östlichen Bundesländern.

Die Daten des *DJI-Jugendsurveys* zeigen, daß unter den Anhängern der *Neuen Sozialen Bewegungen* (u. a. Umwelt- und Friedensinitiativen) nur eine Minderheit von etwa einem Zehntel zur Gewaltbereitschaft neigt. Daneben gibt es jedoch eine Reihe von gewaltaffinen Gruppierungen des rechten und linken Spektrums (vor allem Skinheads, Neonazis, Autonome etc.), die deutlich höhere Anteile von Gewaltbereiten aufweisen (Tabelle 6).

Tabelle 6:
Zusammenhänge zwischen Sympathie für informelle Gruppierungen und Gewaltbereitschaft in Ost und West in%

Sympathisanten von	Gewaltbereitschaft	
	Ost	West
Friedensinitiativen	12,5	10,3
Umweltschutzgruppen	13,4	10,4
Anti-AKW-Initiativen	13,8	12,3
Selbsthilfegruppen	14,2	10,8
Frauen-/Männergruppen	12,7	10,7
Skinheads	72,0	48,2
Faschos/Neonazis	75,6	56,5
Nationalistische Gruppierungen	63,4	49,6
Linke Gruppierungen (Autonome)	34,7	41,5
Dritte-Welt-Initiativen	13,2	11,1
Menschenrechtsgruppen	13,1	11,2
Alternative Gruppierungen	15,6	12,9

Quelle: DJI-Jugendsurvey 1992

Politische Schlußfolgerungen

Für die sozial- und politikwissenschaftliche Auseinandersetzung mit den Problemfeldern politisch motivierter Gewalthandlungen ist es wichtig, daß sich das Erkenntnisinteresse empirischer Politik- und Jugendforschung nicht weiterhin nahezu ausschließlich auf die „Ermittlung“ von Gruppengrößen „gewaltbereiter“ Jugendlicher konzentriert, sondern daß vielmehr die kulturellen und sozialen Lebenskontexte der „Gewaltbefürworter“ stärker in Augenschein genommen werden. Außerdem muß bei der Problemanalyse beachtet werden, daß Gewalt häufig in der Endphase von konflikthafter Situationen auftritt, an denen verschiedene Akteure mit unterschiedlichen Einstellungen, Ressourcen, Interessen und Handlungsstrategien beteiligt sind.

Anmerkungen

¹⁾ Vgl. zu diesem Konzept: Johan Galtung, Strukturelle Gewalt. Beiträge zur Friedens- u. Konfliktforschung, Reinbek 1975.

²⁾ Vgl. Max Kaase, Jugend und Jugendpolitik unter den Aspekten: Politische Partizipation in verfaßten Formen; Jugend und Gewalt und Jugendprotest; in: Sachverständigenkom-

mission 8. Jugendbericht (Hrsg.), Lebensverhältnisse Jugendlicher. Zur Pluralisierung u. Individualisierung d. Jugendphase, München 1990, S. 180 ff.

³⁾ Ursula Hoffmann-Lange/Martina Gille/Helmut Schneider, Das Verhältnis von Jugend und Politik in Deutschland; in: Aus Politik und Zeitgeschichte 1993/19.

⁴⁾ In einer wissenschaftlichen Reihe „Analysen zum Terrorismus“ des Westdeutschen Verlages (Opladen) sind folgende Bände erschienen: (1) Iring Fettscher/Günter Rohmose, Ideologien und Strategien, 1981; (2) Herbert Jäger/Gerhard Schmidtchen/Lieselotte Süßwold, Lebenslaufanalysen, 1981; (3) Wanda von Baeyer-Katte u. a., Gruppenprozesse, 1982; (4/I) Ulrich Matz/Gerhard Schmidtchen, Gewalt und Legitimität, 1983; (4/II) Fritz Sack/Heinz Steinert, Protest und Reaktion, 1984.

⁵⁾ Charles L. Taylor/David A. Jodice, Political Protest and Government Change (World Handbook of Political and Social Indicators, Bd. 2, 3. Ausg.), New Haven 1983, S. 176–200.

⁶⁾ Vgl. Hans-Dieter Schwind/Jürgen Baumann u. a. (Hrsg.), Ursachen, Prävention und Kontrolle von Gewalt, Bd. II, Erstgutachten der Unterkommissionen, Berlin 1990, S. 313 ff.

⁷⁾ Vgl. Samuel H. Barnes/Max Kaase u. a. (Hrsg.), Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies, Beverly Hills, London 1979; M. Kent Jennings/Jan W. van Deth et al., Continuities in Political Action; Berlin, New York 1990.

⁸⁾ Vgl. Gerhard Schmidtchen, Jugend und Staat. Übergänge von der Bürger-Aktivität zur Illegalität; in: Ulrich Matz/Gerhard Schmidtchen, a. a. O., S. 105–437.

⁹⁾ Vgl. die jährlichen Berichte von IPOS, Mannheim, „Einstellungen zu aktuellen Fragen der Innenpolitik“.

¹⁰⁾ Die „Unabhängige Regierungskommission zur Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt (Gewaltkommission)“ wurde 1987 von der Bundesregierung eingesetzt. Zu ihrem Auftrag gehörte, neben einer Bestandsaufnahme des gesellschaftlichen Gewaltphänomens, die Formulierung eines praktikablen kriminalpolitischen und sozialpräventiven Programms.

Die Ergebnisse dieser Gewaltkommissions-Arbeit sind in vier Bänden unter folgendem Titel erschienen: Hans-Dieter Schwind/Jürgen Baumann u. a. (Hrsg.), Ursachen, Prävention und Kontrolle von Gewalt. Analysen u. Vorschläge der Unabhängigen Regierungskommission zur Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt, Bde. I bis IV, Berlin 1990.

Die Ergebnisse der genannten Studie werden in Band IV dargestellt. Vgl. Max Kaase/Friedhelm Neidhardt, Politische Gewalt und Repression, Berlin 1990. Es handelt sich dabei um eine Umfrage, die im Rahmen der Eurobarometer-Befragungen durchgeführt wurde (Nr. 31, 1989). Die Umfrage enthielt neben einer Wiederholung von Fragen aus der Political Action-Studie auch einige neue Fragen zum Gewalt- und Repressionspotential. Insgesamt wurden dabei 1019 Personen ab 16 Jahren befragt.

¹¹⁾ Hans-Martin Uehlinger, Politische Partizipation in der Bundesrepublik. Strukturen u. Erklärungsmodelle, Opladen 1988.

¹²⁾ Vgl. hierzu Dieter Fuchs/Hans-Dieter Klingemann, The Left-Right Schema; in: M. Kent Jennings/Jan W. van Deth et al., Continuities in Political Action, Berlin/New York 1990, S. 203–234; Jürgen W. Falter/Siegfried Schumann, Politische Konflikte, Wählerverhalten und die Struktur des Parteienwettbewerbs; in: Oscar W. Gabriel (Hrsg.), Die EG-Staaten im Vergleich, Opladen 1992, S. 192–219.

¹³⁾ Die Zahl der fehlenden Werte war mit insgesamt 99 (Ost: 34, West: 65) äußerst gering.

¹⁴⁾ Vgl. Max Kaase/Friedhelm Neidhardt, a. a. O., S. 56.

¹⁵⁾ Ebd., S. 59.

¹⁶⁾ Ebd., S. 91. Ohne Vergleichsdaten läßt sich nicht entscheiden, ob das für 1989 berichtete höhere Repressionspotential in der jüngsten Gruppe der 14- bis 17jährigen auf eine Stichprobenanomalie zurückzuführen ist oder aber eine tatsächlich stärkere Repressionsneigung in dieser Altersgruppe hindeutet.

¹⁷⁾ Ebd., S. 93.

¹⁸⁾ Vgl. u. a. IPOS, Einstellungen zu aktuellen Fragen der Innenpolitik 1992 in Deutschland, Mannheim 1992, S. 22 ff.

¹⁹⁾ Vgl. hierzu auch Petra Bauer, Politische Orientierungen im Übergang; in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 43. Jg., 1991, S. 433–453; Meredith Watts, Legitimität unkonventioneller politischer Beteiligung: Unterschiedliche Spuren der „partizipatorischen Revolutionen“ in West und Ost; in: Jugendwerk der Deutschen Shell (Hrsg.), Jugend '92, Bd. 2, S. 73–90.

²⁰⁾ Vgl. Max Kaase/Friedhelm Neidhardt, a. a. O., S. 19.

²¹⁾ Vgl. hierzu Ursula Feist, Niedrige Wahlbeteiligung – Normalisierung oder Krisensym-

ptom der Demokratie in Deutschland? in: Karl Starzacher u. a. (Hrsg.), Protestwähler und Wahlverweigerer, Köln 1992, S. 40–57; Dieter Roth, Sinkende Wahlbeteiligung – eher Normalisierung als Krisensymptom, ebd., S. 58–68.

²²⁾ Demonstrationen sind in der Bundesrepublik nicht genehmigungspflichtig. Sie müssen jedoch bei der zuständigen Behörde angemeldet werden. Diese kann aus Gründen der öffentlichen Ordnung zeitliche und/oder örtliche Auflagen für deren Durchführung erlassen. Demonstrationen, die nicht angemeldet wurden bzw. bei denen solche Auflagen nicht berücksichtigt werden, sind illegal. Umgangssprachlich wird in solchen Fällen von einer „nicht genehmigten“ Demonstration gesprochen.

²³⁾ Vgl. die Ergebnisse von Kaase/Neidhardt (a. a. O., S. 35, 252) für 1989; IPOS, Einstellungen zu aktuellen Fragen der Innenpolitik, Mannheim 1989.

²⁴⁾ Vgl. Max Kaase/Friedhelm Neidhardt, a. a. O., S. 28 ff.

²⁵⁾ Ebd., S. 32.

²⁶⁾ Ebd., S. 32 ff.

²⁷⁾ Vgl. hierzu Max Kaase/Friedhelm Neidhardt, d. a. O., S. 35 ff.

²⁸⁾ Vgl. Ronald Inglehart, Kultureller Umbruch. Wertwandel in der westlichen Welt, Frankfurt/New York 1989.

²⁹⁾ Dieser Klassifizierung liegt eine Rangordnung von vier politischen Zielen zugrunde:

- Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in diesem Lande (materialistisch)
- Mehr Einfluß der Bürger auf die Entscheidungen der Regierung (postmaterialistisch)
- Kampf gegen die steigenden Preise (materialistisch)
- Schutz des Rechts auf freie Meinungsäußerung (postmaterialistisch).

Befragte, die je zwei materialistische bzw. postmaterialistische Ziele auf die ersten beiden Rangplätze setzen, werden als „materialistisch“ bzw. „postmaterialistisch“ klassifiziert. Ist der erste Rang ein materialistisches und der zweite ein postmaterialistisches Ziel, wird eine Person als „eher materialistisch“ eingestuft, im umgekehrten Falle als „eher postmaterialistisch“.

³⁰⁾ Vgl. Gunhild Korfes, Zur Entwicklung des Rechtsextremismus in der DDR; in: Kriminologisches Journal 1992/1, S. 50–64.

³¹⁾ Vgl. Helmut Willems, Politisch motivierte Gewalt von Jugendlichen, Trier 1992 (Unveröff. Manuskript).

³²⁾ Vgl. Roland Eckert, Politische Beteiligung, Proteste und Gewalttätigkeit; in: Karl Starzacher u. a. (Hrsg.), Protestwähler und Wahlverweigerer. Krise der Demokratie? Köln 1992, S. 77–93.

³³⁾ Bundesminister des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 1991, Bonn 1992.